

LEKTIONEN

Schau während der Schulstunden
fleißig aus dem Fenster, Kind,
lerne die Lektion des Kastanienbaums im
Schulhof
durch seine Äste hindurch
erfährst du vom
Wesen der Wolken

Merke dir die Lektion
der unscheinbaren
nach Brosam pickenden Vögel
die mit einem Flügelschlag
über Mauern und Gitter sind

Lerne
von den Dornen
versteckt unter den Blättern
der Hecke

Merke: Die Fenster
sind das Wichtigste
in einem Schulzimmer!
Widerstehe der Versuchung
die Wirklichkeit deinem
Kopf anzupassen.

(aus FREITRÄUME
von Eveline Hasler)

Eigentum des
Stadtarchivs Heilbronn

Nr. 2

Frida



Februar '86

Liebe Leserin,

gerade erfahren wir, daß der Heilb onner Gemeinderat am 27.2. um 14 Uhr die Waldheide besichtigen wird Zwei Jahre nach Beginn der Nachrüstung in Heilbronn ein "hoffnungsvolles Zeichen".

Im Übrigen sind wir pleite, denn das Konto (siehe unten) ist leergefegt. Trotzdem soll der Rundbrief nach wie vor nichts kosten. Aber er verursacht Ausgaben, genauso wie das Büro (Miete, Telefon). Vom guten Willen allein, läßt sich das auf Dauer nicht begleichen.

Auf Dauer hilft nur Power !

Inhaltsangabe:

	Seite
Frauenwiderstand im Hunsrück	3
Zum Jahrestag der Blockade	4/5
Chronik der Manöver	6
Neues aus Wackersdorf	7/8/9
Anti-NATO Kongreß	10/11
Neues vom Boxberg	12/13/14
Juristisches	15/16/17
Aufruf zur Strafanzeige	18-21
Aufruf zum Friedensjahr '86	22-26
Warum habe ich blockiert	27-30
Termine	31

Impressum

dieser Rundbrief wird in einer Auflage von 200 Stück vom Frida-Büro verteilt.

Spendenkonto: Kreissparkasse Heilbronn
Kto.Nr. 385 440 S.Junkert

susanne roßbach

c/o frauen an der mahnwache

todesbasis hasselbach

5448 kastellaun



Greenham common im hunsrück?

Im märz ist die stationierung abgeschlossen!

Wir leben seit mitte januar vor der todesbasis hasselbach - aber was heißt hier
LEBEN ?

Wüstes land - tote erde - natodraht; die legale vergewaltigung findet stündlich statt.

Eisine kälte und durchnässende schauer sind naturgewalten mit denen wir umzugehen lernen -

ABER: gibt es eine angemessene reaktion auf die geplante und installiere gewalt in der basis?

Unsere dauerpräsenz ist ein versuch mit unserer lebendigkeit kontrast zu dieser todesmaschinerie zu sein und eine herausforderung für alle, die denken, "da kann man/frau ja doch nichts machen".

Trotzdem stoßen wir täglich an unsere grenzen und müssen uns mit unseren eigenen zweifeln auseinandersetzen.

Können wir denn was ausrichten?

Wenn wir mehr frauen werden kann unsere dauerpräsenz widerstand werden. Selbst jetzt stellt unsere anwesenheit eine bedrohung für die hüter des patriarchalischen wahnsinns dar. Täglich drohen sie uns mit dem abriß unserer plastikhütten.

Um sich vor "uns" zu schützen haben sie atomsichere bunker gebaut.

Sorgen wir dafür, daß sie recht haben!

Information und weitere kontakte:

susanne roßbach

frauen an der mahnwache

todesbasis hasselbach

5448 kastellaun

Unterstützungskonto:

petra duve, postscheckamt ludwigshafen, kontonr. 198714 - 674

1. Jahrestag der Blockade und Widerstand gegen
die Erweiterung der Waldheide!!!!!!

Hütte bauen, Bäume pflanzen und das gerodete Gelände zur Lebenszone zu machen, das war das Motto des Tages.

5 - Tausend Flugblätter und einige Plakate wurden verteilt bzw. geklebt. Es wurden keine Kosten und Mühen gescheut um den Jahrestag zu "feiern". Ein paar fuhren zum neuen Militärgelände (Boxberg) um Tannenbäumchen zu holen. Ein paar andere sammelten Holz und bereiteten die Hütte vor.

Mit Spaten, Pickel und allerlei Werkzeug wurde der Waldheide entgegen-gerückt.

Trotz bitterer Kälte kamen nur einige wenige (ca. 100 Rüstungsgegner/innen) zur vereinbarten Zeit um dieses Gelände zur Lebenszone umzubauen. Leider waren es nur einige wenige, die bereit waren, die Lebenszone zu bauen und sich gegen die Waldheide und die Erweiterung zu stellen. Einige wenige rückten dem steinharten Boden mit Pickel und Spaten zu Leibe, um die Bäume zu setzen.

Leider waren es nur einige wenige, und nicht alle, die sich mit Pickel und Spaten warm gearbeitet haben, und so nicht alle Bäume gesetzt werden konnten.

Einige wenige die die Federung des Zaunes testeten, (durch anlehnen und wippen), brachten die Polizei ins Schwitzen.

Leider waren es nur einige wenige und nicht alle auf einmal, so daß die Polizei doch nicht sehr stark schwitzen mußte.

Einige wenige versuchten mit Schraubenziehern und Taschenmessern dem Zaun die Haltbarkeit zu nehmen (der Zaun ist mit Schrauben befestigt.)

Leider nur einige wenige und nicht alle, so daß die Festigkeit des Zaunes bestehen blieb.

Einige wenige bauten die Hütte auf. Geplant war, daß die Hütte auf dem gerodetem Gelände aufgebaut würde. Da dieses Gelände pünktlich zum Jahrestag eingezäunt war- trotz aller Mühe von einigen wenigen die Pfeiler wieder herauszuziehen.

Leider waren es nur einige wenige und nicht alle, die die Pfeiler wieder herausgezogen haben.

Daher mußte der Plan, auf diesem Gelände die Hütte zu errichten, aufgegeben werden. Nach langer Diskussion wurde die Hütte neben das gerodete Gelände gebaut.

Leider nur von einigen wenigen und nicht von allen, so daß die Hütte nicht ganz fertig wurde.

Bei einem Spaziergang um die Waldheide, konnte man/frau zwei Löcher im Zaun sehen.

Einige wenige sind ihm mit einer Zange auf den Draht gerückt. Leidernur einige wenige und nicht alle, so daß der Zaun nicht wie ein Schweizer Käse aussah.

Am Sonntag abend wurde der Zaun wieder geflickt und die Hütte eingerissen.

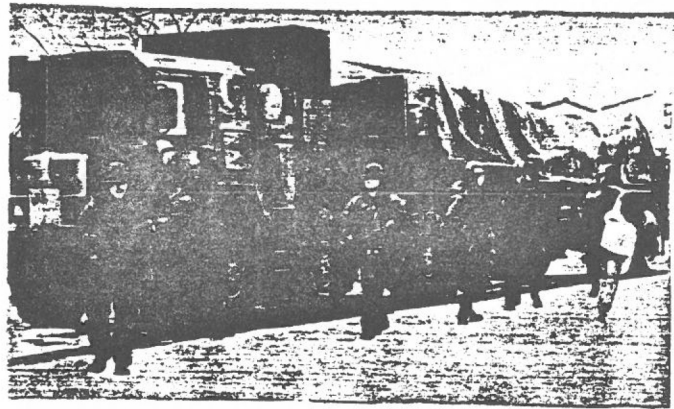
Einige wenige sind zu wenig, um diesen Militärapparat zu stören. Einige wenige haben vorgemacht, wie man den Militärapparat ein wenig stören kann.

Alle zusammen können viel tun, um den Militärapparat zu stören.



Achtung!

Pershing 2- Ins Manöver



Auch im neuen Jahr waren die Pershings schon ^{wieder} unterwegs. Bei drei Manövern waren wir dabei.

In der zweiten Januarwoche wurden die Stellungen nördlich von Heilbronn bezogen, in den Wäldern bei Eberstadt und bei Möglingen wurden keine Raketen beobachtet. Im Wald zwischen Neuenstadt und Möckmühl (Presteneckkopf) wurden die Raketen diesmal sogar gefilmt.

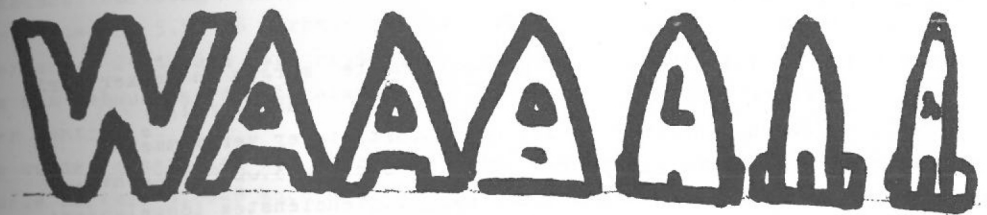
Am 21.-23.1. waren wir auch dabei, in Frankenbach und in bei Kirchhausen wieder ohne Raketen, in der Stellung bei Kirchhardt wurden Raketen beobachtet.

In Kirchhardt und in Kirchhausen wurden Flugblätter verteilt, die von der Bevölkerung bereitwillig entgegengenommen wurden.

Am 3.2. sind mehrere Konvois zwischen Heilbronn und Sinsheim unterwegs; die Stellungen bei Frankenbach und Kirchhausen waren allerdings nur drei Stunden besetzt. Am Abend sind drei Einheiten wieder in die Waldheide eingefahren, wieder mit Raketen.

wir beobachten weiter,
und wir brauchen eure Hilfe

Es ist



- unsinn,

wie wir verarscht werden!

Am 12. Februar hat der Verwaltungsgerichtshof die Klage von WAA-Anliegern gegen die Atomanlage abgewiesen.

Die Klage gegen die Baugenehmigung war hauptsächlich auf eine befürchtete Grundwasserbeeinträchtigung gestützt, die der Richter aber auf Grund von vorliegenden Gutachten verwarf. Die Gutachten belegten "keinerlei unerträgliche Veränderung der wasserwirtschaftlichen Situation". Dabei ist das oberflächennahere Grundwasser laut Klägeranwalt Wolfgang Baumann gar nicht untersucht worden!

Nur zwei Tage später die Nachricht, daß das Gutachten zum Brüter (Kalkar) gefälscht wurde! „Der Schnelle Brüter ist ein gefährliches Gerät, das nie in Betrieb gehen darf“, sagte am Mittwoch der Diplom-Physiker Reiner Czepan im WDR. Alle fünf bis sechs Jahre befürchtet der Physiker einen GAU (größter anzunehmender Unfall). (TAZ, 14.2.) Übrigens, sind die von Czepan geäußerten Vorwürfe dem Ministerium längst bekannt und erstattet Czepan jetzt in zwei Fällen Anzeige wegen Meineides bei der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf!

Und dann noch ...

(nächste Seite)

Pressenhütte Mutlangen
Forststraße 3
7075 Mutlangen

M I T T E I L U N G

B e t r e f f : WAA Windscaile - gestern heute morgen in Wackersdorf
und überall

Eine Meldung durch den Ather - kurz und sofort wieder verstummend,
zweimalig, wenige Ohren erreichend, um 2.00 Uhr und 3.00 Uhr nachts,
am 6.2.1986 im Rahmen des stündlichen Nachrichtendienstes losgelassen:

In der größten WAA der Welt, Windscaile in England, habe sich ein Unfall
zugetragen. Ein Gefäß sollte geplatzt sein und 70 Arbeiter befanden sich
in ärztlicher Behandlung.

Tagsüber bemühten wir uns genaueres über den Vorfall zu erfahren und kon-
taktierten die Informationsstelle *) C O R E / Barrow in Furness (an der
Westküste in England) von dort aus wurde uns folgendes mitgeteilt:

In der Nacht vom 5. auf 6. Februar 1986 brach, soweit wir wissen, in einem
der Reaktorgebäude ein Rohr, wobei Plutoniumnitratstaub freigesetzt wurde.
Zwischen 60 und 70 Arbeiter wurden verseucht. Das Plutoniumnitrat war schon
durch das erste Stadium der Wiederaufbereitung hindurchgegangen und das
darin enthaltene Uran ist in einem anderen Teil der Anlage abgezogen worden.
Es wurde gesagt, daß das entwichene Plutoniumnitrat im Gebäude behalten
wurde, wodurch bis zu 70 Menschen verseucht worden seien. Es ist noch nicht
bekannt, ob Plutoniumnitrat auch in die Atmosphäre ausgetreten ist. Die
Menschen die durch die Radioaktivität unmittelbar betroffen sind, wurden
zur Dekontamination (Entseuchung) in eine Abrik auf dem WAA-Gelände gebracht

E R G A N Z U N G S M E L D U N G zu der Information vom C O R E

In den Stuttgarter Nachrichten Info über rad. Störfall in kerntechnischer
Anlage / über Verletzte u. a. nichts
Greenpeace HH Information: 70 Menschen wurden untersucht, davon sind zwei
stark radioaktiv verseucht / Plutoniumnitrat ist in unbekanntem Ausmaß über
die Lüftung in die Atmosphäre ausgetreten, ob andere radioakt. Substanzen

*) Cumbrion's Opposed to a radioactive Environment

ausgetreten sind ist nicht bekannt, auch nicht ob die Umgebung der WAA
zum Sperrgebiet erklärt worden ist.

Windscailemeldung vom 7.2.1986

Am Mittwoch, 5.2.'86 strömte morgens aus einer Rumpfe beim chemischen Urea-
verfahren 2 Stunden lang Plutoniumnitrat aus.

In dem Gebäude wurde ein Alarm ausgelöst. Nach zwei Stunden war das Leck un-
ter Kontrolle.

Es wurde gesagt, daß die Verseuchung auf das Gebäude beschränkt sei später
wurde zugegeben, daß auch Radioaktivität in die Umwelt abgegeben worden sei.
Nach dem Alarm wurden die Betroffenen 70 bis 18.00 Uhr am Donnerstag auf
Strahlenverseuchung untersucht.

Es wurde angegeben, daß keiner verseucht sei. Um 18.05 Uhr behauptete ein
Rehrnschteam, daß zwei Arbeiter verseucht seien. Diese Angabe wurde zuerst
von offizieller Seite dementiert, um 18.30 Uhr wurde diese Pressemeldung be-
stätigt. Die Verseuchung sei jedoch unter der zugelassenen Höchstdosis.

Am Donnerstag verließen 800 Arbeiter unter Protest das WAA-Gelände, da sie
über den Alarm nicht informiert worden waren. Sie stellten der BNFL (British
Nuclear Fuel Limited) ein Ultimatum in dem die Forderung nach genauer Auf-
klärung über den Unfall und dessen Ausmaß bis Freitag, dem 8.2., um 10.30 Uhr
gestellt wurde. Falls der BNFL dieser Forderung nach Aufklärung nicht nach-
kame waren die Arbeiter nicht bereit ihre Tätigkeit in der WAA wieder auf-
zunehmen sondern in einen Streik eintreten.

Die gesamte Menge an freigelassener Radioaktivität beträgt 50 mCi.

Nach offiziellen Angaben wurde der Großteil davon im Gebäude behalten.

Es besteht jedoch die Vermutung, daß alles in die Umwelt abgegeben wurde, da
der Alarm zuerst in dem anliegenden Gebäude ausgelöst wurde, nicht da, wo
der Unfall stattfand.

Die zwei verseuchten Arbeiter werden weiter untersucht, ob sie Plutoniumnit-
rat inhaliert haben, allerdings kann man den Grad der Verseuchung erst fest-
stellen, wenn sie tot sind, da man nur bei einer Autopsie durch komplizierte
Tests feststellen kann, wie stark die Verseuchung wirklich ist.

- Abends:

Die gesamte Radioaktivität ist in die Umwelt abgegeben worden.
Darüber herrscht 100% Gewissheit.

So wie in diesem Falle die Öffentlichkeit bislang noch über den schwersten
Unfall seit 1973 uninformatiert blieb, wurde der Öffentlichkeit die Tatsache
verheimlicht, daß am 24.1.1986 440 kg Urannitrat in einen Seetank ausgelassen
wurde, der so defekt war, bzw. ist, daß dies gleichbedeutend war mit einem
direkten Ablassen des Stoffes ans Meer.



STUTTGARTER KONTAKTSTELLE
FÜR GEWALTFREIE AKTION
Eugenstraße 9
7000 STUTTGART 1
Telefon 0711/23 43 91

Bankverbindung:
Sonderkonto für gewaltfreie Aktion Gabriele Laske
Postscheckamt Stuttgart BLZ 600100 70 Kto. 23 44 76-705

An die Stuttgart, 13. Februar 1986
Alternativpresse in Süddeutschland,
an diverse Friedenspublikationen

Betrifft: Anti-NATO-Kongreß am 12./13. April 86 in Köln

Liebe Leute,

zu dem oben genannten Diskussions-Kongreß "Frieden mit der NATO?" lädt ein breites Spektrum von Gruppen und Organisationen aus der Öko- und Friedensbewegung ein; die Kontaktstelle für gewaltfreie Aktion in Stuttgart arbeitet ebenfalls im "Koordinationskreis Kongreß" mit.

Nachdem jahrelang das Thema NATO tabuisiert wurde, soll auf diesem Kongreß der Versuch unternommen werden, das Bündnis NATO und die Rolle der BRD in der NATO zu problematisieren.

Um diesen Kongreß breiter bekannt zu machen, möchten wir Euch bitten, den beigefügten Aufruf in Eurer Publikation abzudrucken. Sollte dies - aus Platzgründen - im vollen Umfang nicht möglich sein, wären wir Euch dankbar, wenn Ihr zumindest das Programm und die Adresse des Kongreß-Büro's "bringen" könntet.

Mit antimilitaristischen Grüßen

Kongreß-Büro:
Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3 5000 Köln 1

AUFRUF

FRIEDEN MIT DER NATO?

zum Diskussions-Kongreß

Die Friedensbewegung hat in den vergangenen Jahren hunderttausende Menschen mobilisiert und überall in der Bundesrepublik Deutschland gegen die immer gefährlicheren Aufrüstungsmaßnahmen demonstriert.

In vielfältigen Formen haben wir unsere Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die Aufrüstungsschritte der NATO uns dem Frieden nicht näherbringen, sondern die Kriegsgefahr erhöhen:

- o die Stationierung von Pershing II und Cruise missiles
- o die Einführung atomarer Erstschlagskonzepte
- o die immer weiter gehende konventionelle Aufrüstung
- o die Militarisierung des Weltraums.

Die gigantischen Rüstungsmaßnahmen führen zu Sozialabbau, verstärken Hunger, Elend und Unterdrückung in der 3. Welt.

Seit 1949 wird die Aufrüstungs-, Militär- und Konfrontationspolitik des Westens vereinheitlicht und umgesetzt durch das Militärbündnis NATO. Doch wurde das Bündnis selbst in den über 30 Jahren der bundesdeutschen NATO-Mitgliedschaft nie in den Mittelpunkt einer kritischen Diskussion gerückt. Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzung waren lediglich Teilaspekte seiner Politik.

Obwohl die NATO für zahlreiche Aufrüstungsschritte verantwortlich gemacht werden kann, sehen viele in ihr immer noch ein notwendiges Verteidigungsbündnis. Deshalb ist es an der Zeit, das Bündnis NATO und die Rolle der BRD in der NATO zum Thema in der Friedensbewegung zu machen.

Aus diesem Grunde laden wir alle Interessierten zum Diskussionskongreß FRIEDEN MIT DER NATO? ein.

Auf diesem Kongreß wollen wir die NATO zur Diskussion stellen anhand folgender Fragen zur 'Sicherheits'-Politik:

- o Abrüstung oder Umrüstung der Bundeswehr?
- o Alternative oder keine Verteidigung?
- o Einseitige Abrüstung im Westen?
- o Entspannung und Friedliche Koexistenz?
- o Sicherheitspartnerschaft mit blockübergreifender Perspektive oder Blocküberwindung?
- o Schneller oder schrittweiser Austritt aus der NATO?
- o Ist Frieden mit oder in der NATO überhaupt möglich?

Diese wichtigen friedenspolitischen Ansätze wollen wir diskutieren

- mit denen, die den Frieden mit einer reformierten NATO für möglich halten,
- denen, die nur im Austritt aus der NATO einen Weg zum Frieden sehen,
- und denen, die den Weg einer gesamteuropäischen Friedensordnung suchen.

Mit dem Kongreß soll in der Friedensbewegung eine größere Debatte um die NATO begonnen werden. Hauptanliegen ist dabei der Beginn einer fundierten Strategiedebatte und nicht die Vereinheitlichung auf bestimmte Anti-NATO-Positionen.

Die verschiedenen Teile der Friedensbewegung sind aufgerufen, sich mit ihren Positionen an der klärenden und aufklärenden Diskussion um den Stellenwert der NATO zu beteiligen.

Deshalb rufen wir auf zum Diskussions-Kongreß:
„FRIEDEN MIT DER NATO?“
am 12. und 13. April 1986 in Köln!

12. und 13. April 1986 in Köln

David kämpft gegen Goliath

Mittwoch 15. Januar:

Um 6.30 Uhr treffen wir uns in der Nähe des Waldes: Bauern, Bundschuhler und Freunde. In vier Gruppen mit Funk verbunden schleichen wir zur Rodungsstelle, mittlerweile auf 400 Demonstranten angewachsen. Bis 11 Uhr können wir die Rodungsarbeiten verhindern, dann jedoch sperrt die Polizei ein kleines Gebiet ab, in das wir aber immer wieder eindringen. An einer besetzten Barrikade gibt es erste Auseinandersetzungen; Beamte des SEK versuchen vor den Augen der Presse mit Knüppeln "aufzuräumen", lassen dann aber wieder davon ab.

Sie haben nun Verstärkung bekommen (ca. 1000 Mann). Das abgesperrte Gebiet wird kurzerhand zum Sperrgebiet erklärt, der Notstand ausgerufen und wir hundert innendrin werden aufgefordert, das Gebiet zu räumen. Da wir der Aufforderung nicht nachkommen, greifen je vier SEK Beamte einen Besetzer heraus, mal am Bart oder an den Haaren... Und das, obwohl wir uns nicht widersetzen und Rundfunk und Presse zugegen sind.

Dreißig Leute werden festgenommen, die Restlichen in einer Blitzaktion hinausgeschleift. Kurz nach eins fällt der erste Baum.

Die folgenden Tage sind wir immer weniger Leute, Absperrseile werden durchschnitten und alles sieht nach "Katz und Maus"-Spiel aus. Uns wird Vorbeugungsgewahrsam angedroht und des öfteren werden die Personalien der "Waldspaziergänger" aufgeschrieben. Die Polizei sucht krampfhaft Schuldige für die Aktionen wie Nägel im Schnittbereich der Bäume einschlagen und ähnliches. Polizei und Presse wollen die Teststrecken gegner kriminalisieren, es ist von Lebensgefahr für die Waldarbeiter die Rede (was bei Beachtung der Sicherheitsvorschriften so gut wie ausgeschlossen ist). Fast jeder "Spaziergänger" bekommt persönlichen Geleitschutz und gelegentlich kommt es zu Zählschwierigkeiten auf Seiten der Polizei. Ihre Angst ist groß, auch nur einen von uns aus den Augen zu verlieren.

Es sieht aus, als ob David doch machtlos gegen Goliath sei. Aber eines haben wir erreicht: Es ist immer noch enormer Polizeischutz notwendig, um die Rodungsarbeiten fortzusetzen!

Daimler Benz Teststrecke in Boxberg, das heißt:

- 614 ha Ackerland und Wald werden geopfert
- Erdwälle bis 25m Höhe müssen aufgeschüttet werden
- 2 Bauernhöfe bekommen eine Tunnelzufahrt
- meterhohe Lärmschutzmauern müssen für die 4,5km x 1,5km große Strecke gebaut werden, die 16 parallele Fahrspuren hat
- ...

Unvorstellbar, was da alles verändert werden soll, um eine Hochgeschwindigkeitstrecke (bis 300 km/h) zu schaffen, für das "Auto der Zukunft".

Nimmt man aber das Gelände genauer unter die Lupe, dann erklärt vielleicht manches dieses geplante Riesenprojekt. Direkt auf dem Gelände liegt die Nato-Pipeline, die vor einigen Jahren für Dieseltreibstoff erweitert wurde; das Nato-Tanklager liegt nur ca. 0,5 km entfernt. Was wundert's da, daß die Teststrecke genau in Ost-West-Richtung verlaufen soll und eine der längsten Lendebahnen Europas wäre. Seit Daimler nun auch bei MTU (ihr bekanntestes Kind: der Leopard), Dornier (Flugzeugmotoren) und AEG (Kriegselektronik) des Segen hat, ist die Firma stärker denn je am Projekt interessiert.

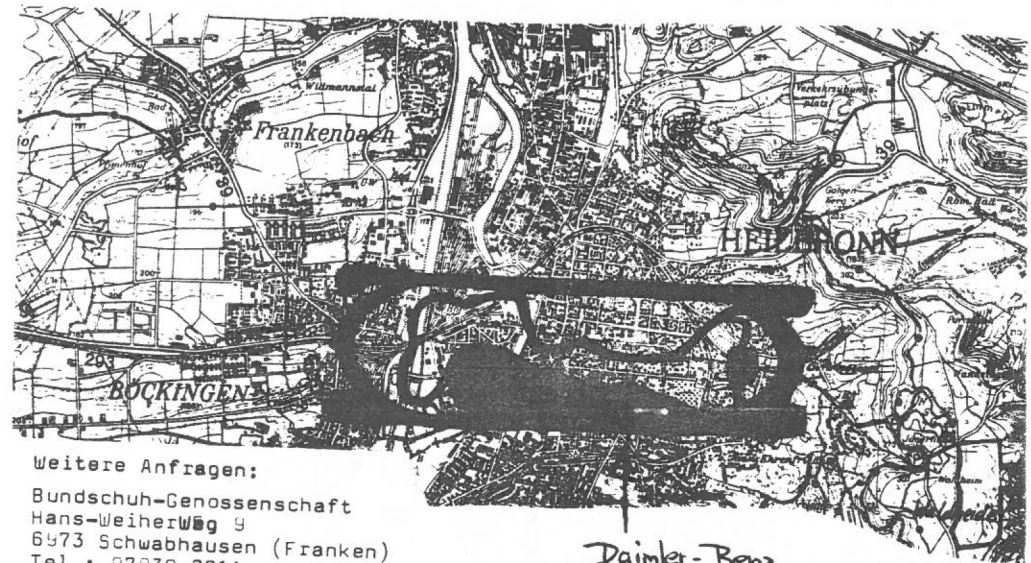
Wenn dieser Kampf beendet ist, kann sich die Bundschuh-Genossenschaft ihren weiteren Zielen widmen: Dem Ausbau alternativer Projekte, verstärkter biologischer Anbau z.B. Anbau auch von traditionellem Grünkern und noch besserer Selbstvermarktung. Zur Zeit wird ein Lagerhaus unterhalten, wo Getreide und saisonmäßig Hackfrüchte angeboten werden.

Während dieser Tage habe ich ein paar Bundschuh-Bauern kennengelernt: Ihre unglaubliche Ausdauer, morgens nach den Stall gleich raus in den Wald bis zum späten Nachmittag, dann wieder Stall und Besprechung bis spät in die Nacht. Und die Selbstverständlichkeit mit der die Teststreckengegner mit heißen Getränken und Essen versorgt wurden; ohne die vielen Helfer im Hintergrund wäre vieles nicht möglich gewesen. Auch die vielen Kleinigkeiten, die eine menschliche Atmosphäre erzeugt haben; Sei es ein Pott Schuhfett für die "auswärtigen" nassen Füßen oder der mobile "Flickdienst", die 500 Würste, die ~~Ma~~ ein Bauer einfach so angeschleppt hat oder oder ...

Die Freude der Bauern, daß sie nicht ganz allein dastehen, war überall zu spüren.

Was mich auch sehr beeindruckt hat ist die Tatsache, daß viele von ihnen erst durch den Widerstand angefangen haben, politische Entwicklungen zu hinterfragen und Zusammenhänge zu erkennen. Die Bauern, die sich von 'Oben' für dumm verkaufen lassen, sind rarer geworden!

Bis die Rodung eingestellt wird, ist jeden Mittwoch und Freitag Schwerpunkttag!



Weitere Anfragen:

Bundschuh-Genossenschaft
Hans-Weiherweg 9
6473 Schwabhausen (Franken)
Tel.: 07930-2211

Daimler-Benz
Teststrecke

Ein Bauer, der sich ausdrücklich nicht zum Bundschuh bekennt, erklärte mir: "Wenn hier der erste Mercedes mit Laserkanone fährt, rechne ich mir lieber nicht aus und wenn denn Daimler irgendwann kein Interesse mehr hat, haben sie uns einen Natoflugplatz untergejubelt, dessen Einflugechse direkt über meinem Haus liegt....."

Daß die dortige Bevölkerung ihre Augen auch vor solchen Zusammenhängen nicht ganz verschließt, hat man in Stuttgart wohl schon einkalkuliert. Dafür hat man ja 1000 Arbeitsplätze in der strukturschwachen Gegend verschprochen. Mittlerweile redet Daimler nur noch von ca. 150 eigenen Arbeitsplätzen: Die hochbezahlten Herren bringen sie bestimmt von Stuttgart mit, was übrig bleibt, sind: "Straßenwärter und Putzfrauen", vielleicht auch mal 'ne Küchenhilfe oder ein Pförtner.....

Rechnet man die öffentlichen Zuschüsse auf die Arbeitsplätze um, kommt man auf ca. 300 000 DM pro Arbeitsplatz! Wieviel sinnvolle Arbeitsplätze könnten damit wohl langfristig geschaffen werden?

Vor beinahe acht Jahren hat Daimler mit dem Kauf des 220 ha großen Seehofes (Besitz des von Leiming) angefangen, die Landsiedlung Baden-Württemberg hat mit Zukauf von mehreren hundert ha Land weiter gemacht und der Rest, den die Bauern nicht verkauft haben, wurde über eine Flurbereinigung Daimler zugeführt.

Die Bundschuhbauern mußten seitdem gegen alles Widerspruch einlegen, angefangen bei der Vorgehensweise der Landsiedlung, über Flurbereinigungsverfahren, Wahlvorgängen bis hin zu Verwaltungs- und Verfassungsbeschwerden. Dieser Rechtsstreit hat bis jetzt schon über eine halbe Million Mark verschlungen.

In wenigen Wochen ist ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes zu erwarten, das über die vorläufige Besitzeinweisung (die einer Enteignung praktisch entspricht) entscheidet. Über die Verfassungsbeschwerde wird wohl bis Ende des Jahres entschieden sein. Dann wird es sich zeigen, wer in unserem Land das Sagen hat, das Großkapital oder der Bürger.

Doch auch auf anderer Ebene ist dem Bundschuh der Kampf angesagt: Die umliegenden Dörfer sind gespalten in Bundschuh und Nicht-Bundschuhler. Das evangelische Schwabhausen ist die Bundschuh-Hochburg, im katholischen Assamatadt gibt es fast keinen offiziellen Bundschuh-Anhänger, nachdem der erste freiwillig gegangen ist. Auch Viehvergiftungen und Brandstiftung hatten einzelne Bundschuh-Bauern schon zu verkraften. Sie sind eine "Zwangsgemeinschaft geworden im Kampf gegen Daimler.

Juristisches

Ende Februar haben etwa 35 Leute vom Jugendgericht Anklageschriften wegen Nötigung, sprich Blockaden erhalten. Jugendgericht, da sie zur 'Tatzeit' unter 21 Jahre alt waren.

Anklageschrift bedeutet, daß die Staatsanwaltschaft diese dem Richter übergibt und die Eröffnung einer Hauptverhandlung fordert.

Der Richter ist nun verpflichtet dies den Angeklagten mitzuteilen, kann sich aber mit der Hauptverhandlung noch Zeit lassen.

Bei einem Gespräch mit 2 Jugendrichtern stellte sich heraus, daß diese auch vorhaben die Sache erstmal ruhen zu lassen, wahrscheinlich bis zu dem bevorstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den Nötigungsparagrafen 240 in Bezug auf Blockaden.

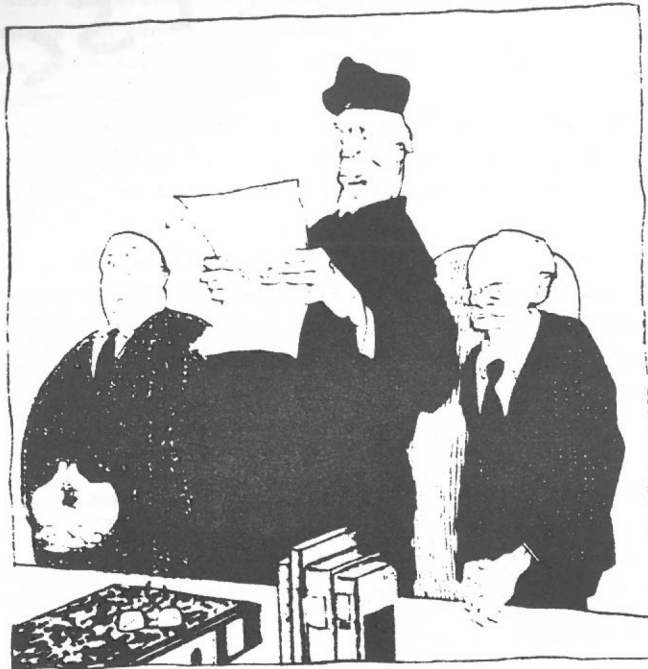
Die Betroffenen haben nun beschlossen, sich in regelmäßigen Abständen zu treffen, um die eventl. Verhandlungen gemeinsam vorzubereiten und um gemeinsam Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Aktionen in der Fußgängerzone, Veranstaltungen usw.) zu machen.

Das nächste Treffen ist am 20 März 19Uhr im Janni.

Die Staatsanwaltschaft schlägt die Blockade zurück

in Sachen

Urteilsbegründung



„Dadurch, daß derjenige, der vom Angeklagten, der ein Geständnis, das von Zeugen, die unter Eid, auf dessen Bedeutung sie unter Hinweis auf etwaige Folgen aufmerksam gemacht wurden, aussagten, bekräftigt worden ist, abgelegt, tötlich angegriffen wurde, an der Streitsache nicht ganz schuldlos war, kann die Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden.“

Sumphcissimus (1965)

27. Januar
Uwe Seitz hat einen Prozeß
vorm Amtsgericht Stuttgart
wegen 'unerlaubten Fotografierens'
auf der Waldheide → 170 DM

FREISPRUCH !!!

§

27. Januar
Jochen Narziß (Arche-Gruppe) hat einen
Prozeß vorm Amtsgericht Heilbronn
wegen 'gemeinschaftlichem Hausfriedens-
bruch', Tatort Hochsicherheitsbereich
des Pershing-II Standortes Waldheide,
Jochen wird verurteilt.

29. Januar
Rudi Kölle hat leider die 165 DM
wegen 'unerlaubten Fotografierens'
schon gezahlt
Aber im Prinzip: FREISPRUCH !!!

28. Januar
Der Prozeß von Andrea Pfeiffer vor dem Landgericht Heilbronn
wird nach 165 Minuten wegen Ermüdungs- und Hungererscheinungen
seitens des Richters und der Schöffen auf den 31. Januar
vertagt.

Am 31. Januar wird Andrea für 'schuldig' erklärt.

Biermann und Einsele wegen Blockade verurteilt

SCHWABISCH GMÜND, 10. Februar:
(AP). Der Liedermacher Wolf Biermann
und Inge Aicher-Scholl, die Schwester
der während des Zweiten Weltkriegs von
den Nazis hingerichteten Geschwister
Schoil, sind am Montag in Schwäbisch
Gmünd wegen einer Blockade des US-Ra-
ketendepots in Mutlangen verurteilt wor-
den. Wie eine Sprecherin des Amtsge-
richts mitteilte, wurden sie der Nötigung
für schuldig befunden. Biermann müsse
20 Tagessätze zu je 150 Mark und Inge
Aicher-Scholl 20 Tagessätze zu je 40
Mark zahlen. Ebenfalls verurteilt worden
seien die Frankfurter Dozentin für Kri-
minalistik Helga Einsele und der frühere
Stuttgarter Richter Fritz Hartnagel. Nach
Auskunft der Friedensgruppe, die seit
Herbst 1983 in Mutlangen lebt, fanden
am Montag im Zusammenhang mit dem
Prozeß Mahnwachen vor dem Gericht in
Schwäbisch Gmünd und vor dem Rake-
tendepot in Mutlangen statt. Es sei zu
keinen Zwischenfällen gekommen.

TR 11.2.86

AUFRUF zur STRAFANZEIGE

Wir stellen Strafanzeige gegen die deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) wegen:

Gebrauch falscher Beurkundungen in Verbindung mit schwerer mittelbarer Falschbeurkundung

Schwerer Umweltgefährdung

Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens in Verbindung mit mit Mißbrauch ionisierender Strahlen

Fehlerhafte Herstellung einer kerntechnischen Anlage

In der Monitorsendung vom 14. Januar 1986 wurde durch die öffentliche Aussage von Prof. Dr. Dr. Weiss bekannt, daß ein Gutachten, welches die DWK verwendet, gefälscht ist. Durch einen Fehler in der Übersetzung wird der Grenzwert des austretenden radioaktiven Jods, bei betreiben einer WAA nicht um 30% unterschritten (wie die DWK behauptet), sondern um 40% überschritten!

Wir rufen Euch auf, auch bei der Staatsanwaltschaft in Amberg Strafanzeige zu stellen. Die Staatsanwaltschaft muß dann ermitteln.

Nähere Informationen dazu:

Presseshütte Mutlangen

Tel.: 07171/76210

Adresse der Staatsanwaltschaft:

Justizbehörden

Staatsanwaltschaft

Regierungsstraße 8

8450 Amberg

- Bitte fotokopieren und weitergeben! -

Hiermit erstatte ich

S t r a f a n z e i g e

gegen die

Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (D W K)

Gründe:

In der Monitorsendung vom 14. Januar 1986 wurde durch die öffentliche Aussage von Prof. Dr. Dr. Weiss bekannt, daß die Literatur bezüglich eines Gutachtens verfälscht zugrunde gelegt worden sei, wodurch ein falscher Grenzwert angegeben werde. Er betonte, daß wenn man den richtigen Faktor angeben würde, der zulässige Grenzwert um 40 Prozent überschritten werde. Dieses ergibt einen, ob fahrlässig oder vorsätzlich, folgensweren Fehler.

In einer Erklärung des Bayerischen Umweltministeriums vom 28. März 1985 heißt es: "...würde.. die Schilddrüsenbelastung für Kleinkinder durch Jod die zulässigen Grenzwerte tatsächlich erheblich überschreiten, wäre die Anlage nach dem Atomgesetz nicht genehmigungsfähig." (Zitat siehe Anhang)

w e g e n

1) Gebrauch falscher Beurkundungen (§ 273 StGB) in Verbindung mit Schwerer mittelbarer Falschbeurkundung (§ 272 StGB)

2) Schwerer Umweltgefährdung (§ 330 StGB)

3) Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens (§ 311b StGB)^x in Verbindung mit Mißbrauch ionisierender Strahlen (§ 311a StGB)^x

x-Erläuterung: Wer von Straftaten bzw. in Vorbereitung stehenden Straftaten eines Anderen unter anderem im Sinne der § 311 a, b StGB Kenntnis erhält oder besitzt ist laut § 138 StGB anzeigepflichtig.

4) Fehlerhafte Herstellung einer kerntechnischen Anlage (§ 311e StGB)

Als Zeugen benenne ich die im Anhang aufgeführten

Prof. Dr. Dr. Weiss/Universität München

Klaus Traube/Atomphysiker

Bernhard Fischer/Physiker

Prof. Dr. H. Begemann/Internist und Hämatologe

-Anlagen-

(.....
(Unterschrift d. Anzeigenden

Diese Auszüge dürfen nur in Anlage für die Strafanzeige verwendet werden

- Prof. Dr. H. Begemann
Internist und Hämatologe

Wiederaufbereitungsanlagen gefährdeten durch ihre sehr starke Strahlenbelastung die Umwelt viel mehr, als die üblichen Kernkraftwerke. Strahlenbelastung wirkt ja auf zweierlei Weise: zunächst einmal durch die Bestrahlung von außen - und aber auch, was viel gefährlicher ist, durch die Aufnahme radioaktiver Substanzen mit der Nahrung. Und gerade das geschieht besonders viel in der Umgebung von Wiederaufbereitungsanlagen. Es wird zum Beispiel Jod und Strontium mit der Nahrung aufgenommen und im Körper, in der Schilddrüse, in den Zähnen, in den Knochen abgelagert, bildet dort ein Strahlen-Depot, was willkürlich nicht mehr anzustellen ist. Auf diese Weise können schließlich schwere Erkrankungen entstehen, wie Schilddrüsenkrebs, Knochenkrebs, Blutkrebs. Dabei sind Kinder und alte Menschen besonders gefährdet.

- Interview mit
Prof. Dr. Dr. Weiss

Wird - nach jetzigen Berechnungen - bei der Wiederaufbereitungsanlage der zulässige Grenzwert von diesem Jod überschritten?

Wir müssen uns in diesem Zusammenhang zunächst einmal darüber klar werden, daß das radioaktive Jod aus der Wiederaufbereitungsanlage wesentlich gefährlicher ist als das Jod aus Atomkraftwerken. Das radioaktive Jod aus der WAA ist nämlich erst nach 16 Mill. Jahren etwa zur Hälfte zerfallen.

Nun, die Gutachter sagen, daß der zulässige Grenzwert für das Jod um etwa dreißig Prozent unterschritten wird in Wackersdorf. Dabei muß man aber berücksichtigen, daß die Literatur falsch zitiert worden ist, falsche Faktoren verwendet worden sind.

Verwendet man den richtigen Faktor, dann wird der zulässige Grenzwert um vierzig Prozent, das heißt erheblich überschritten ...

- Interview mit
Klaus Traube, Atomphysiker
Ist es wirtschaftlich, lohnt es sich, Brennelemente wieder aufzuarbeiten?
Die Antwort ist ganz klar: nein, im Gegensatz beispielsweise zur Gewinnung von Strom aus Kohle sind die Mengen, die an Uran verbraucht werden, minimal. Damit geht einher, daß auch die Kosten, die das Uran an der Stromerzeugung ausmacht, sehr gering sind. Sie lägen bei der Größenordnung von 2,3 Prozent. Davon sparen sie also etwas, auf der anderen Seite aber treiben sie einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufwand, beispielsweise sie bauen diese Anlage von der Größenordnung zehn Milliarden Mark, das ist eine unglaubliche Summe. Und das schlägt sich letzten Ende darin nieder, daß insgesamt der wirtschaftliche Effekt negativ ist...

Bernhard Fischer
Physiker, Ökoinstitut
Eine Wiederaufbereitungsanlage liefert keinen Beitrag zur Lösung unserer Entsorgungsprobleme, im Gegenteil, sie erschwert sie eher.

Dies liegt zum einen daran, daß bei der Wiederaufbereitung radioaktive Abfälle in größerer Menge neu erzeugt werden, die schließlich endgelagert werden müssen.

Zum zweiten daran, daß diese Abfälle nach der Wiederaufbereitung schlechter zur Endlagerung geeignet sind, als sie es vorher waren.

Interview mit
Prof. Dr. Dr. A. Weiss
Institut für Anorg. Chemie
Universität München
Herr Professor Weiss, die Betreiber der WAA behaupten nun,

daß sie deshalb so günstig arbeitet, weil bei der Wiederaufbereitung von Brennelementen nur vier Prozent Abfall entstehen, ist das richtig?

Das ist richtig, zugleich aber auch irreführend.

Wenn wir etwa eine Tonne Brennelement in die WAA einschleusen und wiederaufarbeiten, dann kann man 96 Prozent, das heißt 960 Kilogramm, unter günstigen Bedingungen einer Wiederverwertung zuführen, nur vier Prozent muß man in ein Endlager verbringen.

Was uns aber interessiert ist nicht die Gewichtsmenge, was uns interessiert ist die Radioaktivität. Und da ist wesentlich, daß diese vierzig Kilogramm, diese vier Prozent 94,5 Prozent der Radioaktivität enthalten. Nur fünf Prozent der Radioaktivität kann man der Wiederverwertung zuführen. Und das bedeutet fünf Prozent, die man herausziehen kann, daß hinsichtlich der Radioaktivität die Wiederaufbereitung keinerlei Beitrag zur Entsorgung leistet...

Aus diesem Grund, wegen der niedrigen mittleren Windgeschwindigkeit bei der AK-A und B sowie wegen der sonst überschätzenderweise nicht berücksichtigten teilweisen Umwandlung von elementarem Jod in andere physiko-chemische Formen (Aerosole, organische Verbindungen), welche geringere Depositionsgeschwindigkeiten haben,

wird im weiteren der Wert von

1 cm/s benutzt. Dieser wird im wesentlichen auch von L 5/8 aufgrund einer neueren Literaturanalyse bestätigt.

Hier haben die Gutachter jedoch die Literatur falsch zitiert. Tatsächlich heißt es in der genannten Arbeit von Heinemann und Vogt:

"The fallout deposition onto moist grass surface is greater by more than a factor of two than the deposition onto dry grass surfaces. On clover, the deposition of elemental iodine onto dry grass surfaces, averaged over the grazing period, was estimated to be 2 cm/s in the Federal Republic of Germany."

In einer Erklärung des bayerischen Umweltministeriums vom 28. März 1985 heißt es:

"..würde..die Schilddrüsenbelastung für Kleinkinder durch Jod die zulässigen Grenzwerte tatsächlich erheblich überschreiten, wäre die Anlage nach dem Atomgesetz nicht genehmigungsfähig."

Und noch etwas kommt hinzu: Die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf soll auf dem größten Trinkwasserreservoir der Oberpfalz errichtet werden. Ein Störfall könnte sich verheerend auswirken.



Aufruf zum Friedensjahr 1986:
Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung -
Für eine gewaltfreie Eskalation
in Mutlangen!

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Spätestens seit dem 1. September 1983, der großen Blockade vor dem Raketendepot, gilt Mutlangen weltweit als Symbol für den Widerstand der Friedensbewegung gegen die endlose Folge immer neuer Rüstungsmaßnahmen. Doch trotz des eindrucksvollen Friedensherbstes '83, als Millionen Menschen im ganzen Lande gegen die Stationierung US-amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen demonstrierten und protestierten, hat sich die Bundesregierung direkt am Ende der Bundestagsdebatte vom 21. und 22. November 1983 in beispielloser Arroganz über die Bedenken, Sorgen und Ängste der Bevölkerung hinweggesetzt und der amerikanischen Regierung die Zustimmung zur Stationierung gegeben. Bereits am 23. November 1983 wurden in Mutlangen (später auch in Heilbronn und Neu-Ulm) Pershing-II-Raketen aufgestellt. Seitdem ist Mutlangen auch Symbol für eine Art Vor-Hiroshima.

Die Massenproteste der Friedensbewegung, der Zivile Ungehorsam gegen die neuen Raketen, die Selbstverpflichtungen zum gewaltfreien Widerstand gegen Kriegsvorbereitung, alle diese Manifestationen von 1983 schienen sich bald nach der Raketenstationierung zu verflüchtigen. In Wirklichkeit jedoch war die "totgesagte Friedensbewegung" das Ergebnis eines zunehmenden Desinteresses der Massenmedien, die sich, da die millionenstarke Friedensbewegung die Raketenstationierung nicht hatte verhindern können, weitgehend von der Friedensfrage abwendeten. Selbstverständlich soll nicht verschwiegen werden, daß nach der "Niederlage" vom November 1983 auch in der Friedensbewegung nicht wenige resignierten, vorübergehender Frust sich breit machte. Zugleich ist es geradezu ein Phänomen in der Geschichte der Protestbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg, daß, zwar weniger spektakulär und nicht mehr mit Massendemonstrationen, die Friedensbewegung in zahlreichen Initiativen und Gruppen vor Ort dennoch weiterlebt und nicht wie frühere außerparlamentarische Bewegungen (Kampf dem Atomtod, Ostermarschbewegung der sechziger Jahre, Studenten- und Protestbewegung, Kampagne gegen Notstandsgesetze usw.), zusammengebrochen ist. Die basispolitischen und außerparlamentarischen heutigen Bewegungen, zu denen die Friedensbewegung zählt, aber auch die Zukunftswerkstätten, die Frauenbewegung, die Alternativbewegung, die Bürgerinitiativen und

insbesondere die neue Umweltschutzbewegung (siehe den Widerstand in der Oberpfalz gegen den geplanten Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage), leben und arbeiten quirlig überall in dieser Republik. Sie sind inzwischen nicht mehr nur Korrektiv, sondern Gegenmodell eines repräsentativen Absolutismus, zu dem die in unserem Lande praktizierte Form der parlamentarischen Demokratie verkommen ist.

Zurück zum Thema Frieden.

Das Jahr 1986 ist von den Vereinten Nationen zum Friedensjahr erklärt worden. Dennoch sollte niemand erwarten, daß nun von den Regierenden, den Militärs und den Mächtigen in der Wirtschaft in diesem Jahr des Friedens ernsthafte Schritte in Richtung Abrüstung unternommen werden. Die Friedensbewegung hat ihre Lektion gelernt: Friede ist nicht als Geschenk einer Obrigkeit zu erwarten, er ist nur noch als gemeinsame Anstrengung der Völker erreichbar. Friedensbewegung wird immer sein, solange Kriege und Atomtod die Menschheit bedrohen.

Aber auch wenn wir uns unser Friedensengagement nicht von oben verordnen lassen, so sehen wir doch im UNO-Friedensjahr eine Ermutigung dafür, gerade 1986 wieder verstärkt als übergreifende Friedensbewegung tätig zu werden. Neben zahllosen Aktionen, die in den Ostermärschen ihren ersten Höhepunkt finden, wird es 1986 erstmals wieder zu einer großen gemeinsamen Manifestation der gesamten Friedensbewegung kommen: dem Friedensaktionstag am Samstag, 11. Oktober 1986, in Hasselbach/Hunsrück, dem geplanten Stationierungsort der Cruise Missiles. Dazwischen liegen u.a. vom 14. bis 17. Juni 1986 die "Heilbronner Tage für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie", in direkter Nähe der Waldheide, also eines Pershing-II-Stationierungsortes und zugleich der schrecklichen Pershing-Unfallstelle vom Januar 1985. Die "Heilbronner Tage" dienen unserer Besinnung und der Erörterung von Fragen unserer friedenspolitischen Strategie. Zugleich wollen wir vier Tage unsere Lust zum Frieden leben und feiern und unseren Zivilen Ungehorsam demonstrieren. (Die "Heilbronner Tage" werden von zehn unabhängigen und undogmatischen Organisationen aus dem christlichen, gewaltfreien, basispolitischen und bürgerrechtlichen Spektrum der Friedensbewegung veranstaltet.)

Ein wesentliches Merkmal der neuen politischen Kultur der Friedensbewegung ist die Spannweite der Motivationen und der Formen von Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die sich der Friedensbewegung angeschlossen haben. M.E. ist dabei besonders hervorzuheben, daß sich immer mehr Menschen der Politik der Aufrüstung, der Naturzerstörung der Ungerechtigkeit (man denke nur an die unermessliche Not bis zum Tod in der Dritten Welt) verweigern, und daß die Bereitschaft zunimmt, wenn es um Überlebensinteressen geht, dem Staat mit Zivilem Ungehorsam zu begegnen.

[...]

Vielleicht ist es nur ein Traum,

aber es scheint mir möglich, daß die Friedensbewegung, die die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen mit ihren Demonstrationen und Protesten nicht verhindern konnte, mit massenhaften Aktionen des Zivilen Ungehorsams und der gewaltfreien Behinderung der Pershing-II-Transporte diese Raketen wieder aus unserem Land hinausdemonstrieren kann. Was nützt den USA ein Raketensystem, das nicht nur auf breite Ablehnung stößt, sondern auch auf massenweisen Widerstand?

Daß diese Einschätzung so unrealistisch nicht ist, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag, bestätigt indirekt einer der entschiedensten Verfechter der An-

wendung des im Zusammenhang mit gewaltfreien Sitzdemonstrationen grundrechtlich nicht vertretbaren Paragraphen 240 des Strafgesetzbuches (Nötigung durch rechtswidrige verwerfliche Gewalt), der Schwäbisch Gmünder Amtsrichter Dr. Offenloch. Er schreibt in der Juristenzeitung 1/1986 u.a.: "Ein Ende der Blockaden ist nicht abzusehen... Polizei und Strafrechtspflege werden mit dem Problem von sich aus nicht fertig werden. Gegenüber massenweise verübten Straftaten, erst recht solchen mit zum Teil öffentlicher Billigung, pflegen sie auf Dauer die Schwächeren zu sein. Hinzu kommt das Fatale, daß der Rechtsstaat mit der Abwehr gegen ihn gerichteter Angriffe sich zugleich neues Angriffspotential zuzieht, insofern gerade dadurch bei den von den Maßnahmen Betroffenen vorhandene Unzufriedenheiten verstärkt werden können, die dann im Extremfall auf eine Änderung des politischen Zustandes sinnen lassen."

Ich frage, ob es nicht hoch an der Zeit ist, daß wir Herrn Dr. Offenloch insofern folgen, daß wir allen dickfelligen Politikern, Militärs und sonstigen Würdenträgern zeigen, daß es in der Tat heute trotz einer überwiegend apathischen Gesellschaft eben auch Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger gibt, die "auf eine Änderung des politischen Zustandes sinnen". Damit meine ich, daß es gilt, unübersehbare Zeichen zu setzen, daß der Widerstand gegen Hochrüstung und Kriegsvorbereitung ein hochmoralisches Anliegen ist, denn wir wollen ja nicht die demokratischen Rechte abschaffen, sondern die Abrüstung und eine gerechte Friedensgesellschaft erkämpfen.

Blockaden von Militärfahrzeugen und andere Aktionen des gewaltfreien Zivilen Ungehorsams und der Verweigerung (wie z.B. jeglichen Kriegsdienstes und aller Rüstungsmaßnahmen) sind keine Straftaten, sondern rechtfertigen sich in unserem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon hat einmal gefordert:

"Grundrechte muß man auch herausprozessieren".

Dem ist zuzustimmen, und ich möchte hinzufügen: "Grundrechte und insbesondere das in der Präambel des Grundgesetzes verankerte Friedensgebot muß man auch herausdemonstrieren."

Es sind gar nicht so wenige, die ihrem Friedensengagement - und dies besonders zahlreich in Mutlangen - durch aktiven Zivilen Ungehorsam Nachdruck verliehen haben. Im Herbst 1985 fanden etwa 20 gewaltfreie Blockaden statt. Gegenwärtig inszenieren die Staatsanwaltschaft Ellwangen und das Amtsgericht Schwäbisch Gmünd eine neue Welle von Blockade-Prozessen. Während in mehreren anderen Amtsgerichts-bereichen - wohl auch im Hinblick auf die zu erwartende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Sommer dieses Jahres - eher zurückhaltend an neue Strafbefehle und Gerichtsverhandlungen herangegangen wird (und es auch bereits Freisprüche von unteren Instanzen gibt), wird in Schwäbisch Gmünd und in zweiter Instanz beim Landgericht Ellwangen weiterhin munter abgeurteilt.

Wenn wir das, was wir am 1. September 1983 in Mutlangen

bekundet haben, ernst nehmen, wenn wir das, was wir vor allem im großen Friedensjahr 1983 (auch davor und danach) über die kriegsheckende Maßnahme der sogenannten Nachrüstung auf Tausenden Versammlungen und Großkundgebungen völlig zu Recht gesagt haben, auch heute noch gelten lassen, dann kann m.E. die Folgerung nur sein: Wir alle sollten in diesem UNO-Friedensjahr 1986

mindestens an einer gewaltfreien Blockade in Mutlangen teilnehmen.

Neben allen wichtigen Friedensaktivitäten, die wir in diesem Jahr entfalten, steht jetzt eine gewaltfreie Eskalation des Zivilen Ungehorsams gegen die Pershing-II-Raketen an. Das aber setzt voraus, daß nicht einige wenige von uns sich die "goldene Nahkampfspange" für den Frieden erblockieren, sondern daß alle in der Friedensbewegung Engagierte sich einmal auf die Straße setzen, um die Militärmaschinerie, und sei es nur ein kleiner Teil von ihr, ins Stocken zu bringen.

Um auf den zitierten Schwäbisch Gmünder Amtsrichter Dr. Offenloch zurückzukommen: Wenn in unserer Interpretation gewaltfreier Widerstand gegen die Atomraketen aktiver Verfassungsschutz ist, und wenn noch immer die meisten Gerichte darin eine Straftat im Sinne einer "Nötigung durch rechtswidrige verwerfliche Gewalt" sehen, dann wollen wir diesen Kriminalisierungsversuchen mit der Erkenntnis entgegen-treten, daß Freiheit um so billiger zu haben ist, je mehr wir sie aktiv in Anspruch nehmen. Die Freiheit, durch gewaltfreien Widerstand für das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu demonstrieren, wird kein Richter mehr "bastrofen" können, wenn die Mitglieder der Friedensbewegung in unübersehbare Zahl die Freiheit zum Zivilen Ungehorsam praktisch in Anspruch nehmen. Martin Luther King mit seiner Idee des Zivilen Ungehorsams und seine schwarzen Schwestern und Brüder mit ihm konnten nur deshalb mehr Bürgerrechte für sich er-ringen, weil sie sich dem System des Rassismus massenweise verweigerten.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, bitte diskutieren Sie in Ihren Gruppen und Initiativen die hier geäußerten Gedanken.

Tun Sie sich zusammen

mit Friedensfreundinnen und Friedensfreunden, die wie Sie bereit sind, im Frühjahr oder Sommer 1986 nach Mutlangen zu fahren, sich beim US-Airfield auf die Straße zu setzen, Militärfahrzeuge am Fahren zu hindern und sich festnehmen zu lassen. Informieren Sie mich über Ihre diesbezüglichen Pläne oder erklären Sie Ihre Bereitschaft, an einer der nächsten Aktionen teilzunehmen. Es wird versucht, im Rahmen der Kampagne "Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" die verschiedenen Aktionen zu koordinieren.

Ihren Höhepunkt soll die diesjährige Kampagne gewaltfreier Blockaden in Mutlangen

in der Zeit vom 13. September bis 10. Oktober 1986 finden. In der Absicht einer "gewaltfreien Eskalation" sollen in der ersten Woche (13.-19. September) täglich je eine gewaltfreie Blockade, in der zweiten Woche (20.-26. September) täglich je zwei Blockaden, in der dritten Woche (27.9.-3.10.) täglich je drei Blockaden und in der vierten Woche (4.-10. Oktober) täglich je vier solcher gewaltfreier Sitzdemonstrationen vor dem US-Airfield in Mutlangen stattfinden.

Wir dürfen uns mit den Pershing-II-Raketen nicht abfinden.

Sie sind kriegschwanger. Seit sie am 23. November 1983 stationiert worden sind. In jeder Sekunde, Stunde für Stunde, Tag für Tag, Jahr für Jahr, solange, bis es uns gelungen ist, sie abzurüsten. Solcher Widerstand gegen Pershing II und gegen alle ABC-Massenvernichtungswaffen ist nicht "verwerflich", ist nicht "Nötigung", er ist die gewaltfreie friedenspolitische Antwort auf eine kriegspolitische Herausforderung.

Ich rufe Sie alle auf,

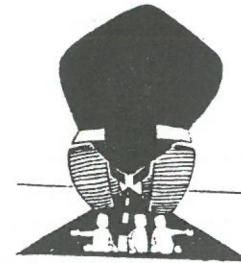
und ich tue dies in Übereinstimmung mit all denjenigen, die in den letzten Jahren in Mutlangen dabei waren: Machen Sie jetzt mit! Streitbar gegen die Raketen, freundlich zu den Menschen, mutig und gewaltfrei gegen alle Anfechtungen, hoffnungsvoll, daß wir das Ziel erreichen: Frieden schaffen ohne Waffen!
Gebt bloß nicht auf, gebt nicht klein bei, weiches Wasser bricht den Stein!

Mit solidarischen und freundschaftlichen Friedensgrüßen

Ihr/Euer

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Warum
habe ich
diese Atomraketen-Lager
gewaltfrei blockiert? ↘



Seit dem 17. Februar sitzt Jutta v. Uchsenstein (Tübingen) ihre Strafe im Schwäbisch Gmünder Frauengefängnis ab.

Sie wurde am 2. Oktober 1985 vom Landgericht Ellwangen zu 80 Tagessätzen wegen "Nötigung mit (psychischer) Gewalt" und "verwerflichen" Mitteln (§ 240 StGB) verurteilt.

Da die Medien Blockaden für sehr spektakulär (medienwirksam halten), danach aber nichts mehr von sich hören lassen, drucken wir Jutta's Brief ab, der versucht, "Euch meine Gründe für diesen Weg zu beschreiben."!



Aufgrund der mehrheitlichen Zustimmung des Parlaments im November '83 scheint für viele Menschen die Stationierung legitimiert zu sein und ziviler Ungehorsam gegen diese Massenvernichtungswaffen nicht zu rechtfertigen.

Doch ich denke, daß auch die Verbindlichkeit des Mehrheitsprinzips einer parlamentarischen Demokratie ihre Bedingungen, ihre Grenzen hat.

Demokratie kann sich nicht in der Gesetzmäßigkeit der Institutionen und der Regierung erschöpfen. Sie l e b t nur in der steten Auseinandersetzung, in den steten Fragen der BürgerInnen an die Gerechtigkeit dieses Rechtsstaates und an die Rechtmäßigkeit dieser Politik. Erst darin bewährt sich eine Demokratie gegenüber jeder Diktatur.

Das, was sich in den Menschenrechten manifestiert hat, in den Arbeiter- und Frauenrechtsbewegungen in Europa, in der Bürgerrechtsbewegung in den USA, in der Autonomie von ehemaligen Kolonialstaaten ... -, dies Mehr an Gerechtigkeit in einer Gesellschaft wurde immer errungen, indem sich zuerst Einzelne und dann viele in einem Konflikt mit den Herrschenden befanden und diesen Konflikt offen austrugen.

Wir können uns nicht durch eine parlamentarische Mehrheitsentscheidung aus der Verantwortung ziehen.

Die Stationierung dieser Massenvernichtungswaffen hat für jeden gesunden Menschenverstand zumindest nicht ganz auszuschließende unübersehbare Folgen, die weit in die nach uns folgenden Generationen - falls es sie noch geben wird - und weit über die Grenzen unseres Landes hinausgehen werden.

Mit welchem demokratischen Recht läßt sich dies verantworten?

Wie läßt sich eine atomare Katastrophe vor den Menschenrechten verantworten?

Und wie verantworten wir dies vor unserem Gewissen?

"Die Herstellung und Stationierung von Kernwaffen, sowie deren Einsatz sind ein Verbrechen gegen die Menschheit."

(Weltkirchenrat 1983 in Vancouver)

Daher sehe ich mich genötigt und berechtigt, mich gewaltfrei dem sonst ungestörten Betrieb dieser Massenvernichtungslager in den Weg zu setzen.

Die Prinzipien der Gewaltfreiheit, denen ich mich verpflichtet sehe, gewährleisten, daß bei diesen Blockaden kein Mensch in seiner Würde oder in seiner körperlichen Unversehrtheit verletzt wird.

Im Gegenteil, die BlockiererInnen setzen sich Erniedrigungen bis hin zum Abstempeln als StraftäterIn aus und der Gefahr von körperlicher Verletzungen, die schon öfters bei Räumungen vorkamen.

Solange diese Prinzipien von unserer Seite eingehalten werden, besteht keine Gefahr, daß der zivile Ungehorsam mißbraucht werden könnte oder daß irgendein Schreckgespenst einer chaotischen Gesellschaft entsteht, das manche Menschen fälschlicherweise als "Anarchie" bezeichnen.

Auch hier gilt vielmehr das Gegenteil: Zum zivilen Ungehorsam gehört, daß wir die Eingriffe von Polizei, Justiz bis hin zu Gefängnisstrafen auf uns nehmen - als Konsequenz des bewußten Konflikts mit denjenigen, die die permanente Aufrüstung durchsetzen und verteidigen.

Ziviler Ungehorsam ist für mich eine demokratische Form der Auseinandersetzung, wenn es um die Allgemeinheit betreffende und überlebenswichtige Fragen geht.

Ich würde diese Form auch bei meinem 'Gegner' akzeptieren.

WARUM GEHE ICH INS GEFÄNGNIS ?

In gewissem Sinne ist es mein Wille, ins Gefängnis zu gehen. Das rief immer wieder Fragen und auch Vorwürfe an mich hervor; nicht zuletzt schlugen mir meine Eltern vor, die Strafe für mich zu bezahlen.



Ich habe natürlich auch Angst vor den Bedingungen des Lebens im Gefängnis, vor dem Eingesperrtsein ...; Angst vor den möglichen Konsequenzen und Angst um die Menschen, die ich damit belaste. -

- Das Gefängnis bedeutet für mich eine Fortsetzung der gewaltfreien Weigerungshandlung gegen diesen aufrüstenden Staat, die mit gewaltfreien Blockade des Transports und der Versorgung der Massenvernichtungswaffen begann.
- Ich weigere mich, dem Staat in d i e s e m (!) Zusammenhang durch Geld oder Arbeit zuzustimmen bzw. eine gewisse Einigung vorzutäuschen
- Es war in gewissem Sinne auch meine freie Entscheidung, mich durch die gewaltfreien Blockaden einer Strafverfolgung auszusetzen. Doch ich hatte Gründe, dies zu tun. Und diese Gründe sind zwingend für mich gewesen: Das Wissen um die Wirkung dieser wahnsinnigen Massenvernichtungswaffen und um die Funktion besonders der Pershing II - und mein wachsendes Gewissen angesichts der Verantwortung für das Leid, das die Aufrüstung heute schon und in Zukunft verursacht, - eine Verantwortung, die uns alle fast gänzlich überfordert, die uns aber dennoch bleibt !

• Die Entwicklung der Kampagne "Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" zeigt, daß sich immer mehr Menschen aus allen Altersstufen und Gesellschaftskreisen dazu entschließen, sich gewaltfrei der Aufrüstungspolitik zu widersetzen.

Langfristig kommt unsere Regierung dadurch in ein Dilemma: Entweder sie greift zu immer höheren Strafen u. a. härteren Durchsetzungsmaßnahmen für ihre Aufrüstungspolitik - und setzt sich so mehr und mehr ins Unrecht.

Dann liegt es an der Kraft und der Entschlossenheit des gewaltfreien Widerstands, wie es weitergeht. Was kann ein Staat tun, wenn seine härteste Strafe, das Gefängnis, die BürgerInnen nicht mehr abschreckt?

Oder unsere Regierung entschließt sich endlich abzurüsten!

Meine politische Hoffnung ist, daß es sich keine demokratisch nennende Regierung auf die Dauer leisten kann, immer mehr BürgerInnen wegen gewaltfreien Aktionen zu höheren Strafen zu verurteilen. -

Und selbst wenn alle diese Wirkungen zu schwach bleiben sollten, wenn sich kein "Erfolg" unseres gewaltfreien Widerstands einstellen sollte, - hätte ich es unversucht lassen sollen?

Mein Gewissen fragt nicht nach Erfolg, sondern nach dem Unrecht.



Unser gewaltfreier Kampf findet in gewisser Weise in einer privilegierten Situation statt!

Ich denke an die Menschen in den Foltergefängnissen, in den Spezialpsychatrien und in den Mordgräbern, die über diese ganze "zivilisierte" Welt verbreitet sind.

Ich denke auch daran, daß die wenigsten politisch Verfolgten eine solche Solidarität direkt spüren wie wir und Zeit haben, ihre innere Kraft zu sammeln, um sich auf eine Strafe vorzubereiten ...

Unser Feind ist das Vergessen und die Gewohnheit, - die Gewissenlosigkeit.

*Viellicht nicht unser aller Kraft -
Shalom, Julia*

Termine

"FI HW" alle 14 Tage montags im Eulenspiegel 20 Uhr
"Frauen für den Frieden" 14täglig mittwochs im Bella Donna 20 Uhr

1.3. vormittags Informationstisch- und tafeln auf dem Kiliansplatz

1.3. 18 Uhr Gesprächskreis Grillnütte Waldheide "Zivilschutzfragen" mit grünen Gemeinderäten

14.3. Ev. Joh. Gemeindehaus Untergruppenbach 20 Uhr Dr. Volker Brandl vom Kernforschungszentrum "SDI - Militarisierung des Weltalls"

15.3. Fußgängerzone Stände der Zivildienstleistende des PLK "Verlängerung der Zivildienst auf 24 Monate"

20.3. Treffen der Leute, die eine Anklageschrift vom Jugendgericht bekommen haben 19 Uhr beim Janni

15.3. Gottesdienst für Frieden und Gerechtigkeit Kilianskirche 18 Uhr 15 Thema "Südafrika"

"FI Laufens" 1.3.3. Donnerstags im Monat Herzog Christoff 20 Uhr
"101 Uhr lang" Gaststätte Schillerplatz 20h
"FI Neckarsulzer" 14täglig mittwochs Gaststätte "Kinde"

"Per Christi HW Kontakttagess: unregelmäßig 10.11.1985
Norbert Braun 19 Uhr Minyweche
jeden Freitag im 20h 30 Uhr Jori evang.
Paulus-Gemeinschaften Waldheide

"Waldheider Bürger für den Frieden" jeden 1. Dienstag des Monats Waldheide
"101 Uhr lang" Gaststätte Schillerplatz 20h
"FI Neckarsulzer" 14täglig mittwochs Gaststätte "Kinde"

"Frauenblockade" dienstags 18 Uhr Waldheide Tor 1
"Blockadeforum" donnerstags 20 Uhr Waldheide
"Gesprächskreis" samstags 18 Uhr Grillnütte Waldheide

"Kriegsdienstverweigerungsberatung" der DFG-WK dienstags im Wilhelm-Wahlinger-Haus 19 h 30
"FI Sinheim" 14täglig mittwochs Gaststätte Stadtpark 20 Uhr

"FI Schwelgern" trifft sich unregelmäßig - Kontaktadresse im Büro
"Ohne Rüstung leben" montags Frankfurterstr. 16/1, 19h30
"Frauenfriedensgruppe" 14täglig dienstags 20 Uhr VFR-Heim Grobbottwar